

Wie die Klimalobby wirksamen Klimaschutz verhindert

Welt, 12.09.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus253447332/Wie-die-Klimalobby-wirksamen-Klimaschutz-verhindert.html>

Wann immer die Möglichkeit bestand, die Treibhausgas-Emissionen effektiv zu senken, gingen Umweltaktivisten dazwischen. Die Klimalobby fürchtet vernünftige Lösungen des Klimaproblems, denn sie würden ihre Arbeit überflüssig machen. Es wird Zeit, sie in die Schranken zu weisen.

Ein US-Fernsehsender schickte vor ein paar Jahren einen seiner Journalisten in die von Medien erkorene „Hauptstadt der Klimaleugner“. Ein kleiner Ort in Texas war für seine fast durchweg konservativen Wähler bekannt, die gegen „die Klimalüge“ wetterten. Der Journalist wollte die Bewohner vorführen als rücksichtslose Verhinderer von Klimaschutz. Doch er scheiterte.

Ausgerechnet in der Hochburg der Klimaskeptiker, so musste er erkennen, war die Zustimmung zu Windkraftanlagen besonders hoch. Der konservative Ort war ausnehmend religiös, was die Ansässigen zu Anhängern kleiner, vermeintlich „naturnaher“ Energieressourcen machte. Anstatt aber die Bewohner zu Verbündeten in Sachen Energiewende zu erklären, verteufelten Klimaschützer sie.

Der Fall verdeutlicht einen wesentlichen Mechanismus der Klimadebatte: Ausgerechnet selbst ernannte Klimaschützer stehen dem Klimaschutz im Weg. Wer einen „Wir gegen sie“-Habitus pflegt, heimst die größte Gefolgschaft ein, haben Kommunikationsforscher um Kaiping Chen von der University of Wisconsin 2023 ermittelt, welche die Kommunikation von Wissenschaftlern in Sozialen Medien analysiert haben.

Auf diese Weise werden gesellschaftliche Mehrheiten verhindert. Die Klimadebatte belohne ein Verhalten, die eigene Konfliktgruppe zu bestärken und andere möglichst scharf zu verurteilen, bestätigt der Klimadebatten-Analytiker Mike Hulme von der University of Cambridge. Berühmter Profiteur ist beispielsweise Al Gore, ehemaliger US-Vizepräsident der Demokraten und Gründer einer erfolgreichen Beratungsfirma für grüne Investitionen.

Für seinen dramatischen Lichtbildvortrag „Eine unbequeme Wahrheit“ über den Klimawandel bekam er 2007 den Friedensnobelpreis, weil er die Menschheit „aufgerüttelt“ habe. Kommunikationsforscher indes offenbarten, dass Gore eigentlich das Gegenteil erreichte: Repräsentative Umfragen unter Amerikanern vor und nach der Veröffentlichung von Gores Werk zeigten, dass der Film die Spaltung in den USA in Sachen Klimawandel vorangetrieben hatte.

Während Gore bei Wählern der Demokraten die Zustimmung zu Klimaschutz-Maßnahmen gesteigert hatte, gingen Republikaner auf Distanz, wie Umfragen das Pew Research Center zeigten. Mit der Wahl des Republikaners Donald Trump gelangte dann ein Klimaskeptiker ins Präsidentenamt.

Die Ablehnung der Konservativen lasse sich auf einen Grund zurückführen: „Al Gore“, sagt Anthony Leiserowitz, Politikforscher an der Yale University. „Er war alles

andere als ein neutraler Bote“, bestätigen die beiden Politikforscher Eric Merkley von der University of Toronto und Dominik Stecula von der Colorado State University.

Umfragen dokumentieren, dass 75 Prozent der Republikaner zu jener Zeit, als „Eine unbequeme Wahrheit“ veröffentlicht wurde, wegen seiner betont links stehenden politischen Ziele eine negative Meinung zu Gore hatten. Mit seinen Äußerungen habe der ehemalige Vizepräsident republikanische Wähler dauerhaft verschreckt, berichten Merkley und Stecula. In der politischen Linken hingegen half sein Film Gore zu noch mehr Popularität und Einfluss, er festigte also seine Stellung – darum scheint es zu gehen.

Probate Lösungen müssen zurückstehen, wenn sich persönliche Erfolge einfahren lassen. Der deutsche Atomausstieg während einer Energiekrise, das vielleicht berühmteste Beispiel, diente einzig dazu, die Bande der grünen Bewegung zusammenzuhalten, die sich aus einer diffusen „Atomangst“ speist, welche ihren Gründungskern ausmacht. Dass die CO₂-freie Kernspaltung dem UN-Klimarat zufolge jedoch helfen kann, das Klimaproblem zu lösen, war der Klimalobby egal.

Viele Methoden – alle verboten

So ist es stets: Lassen sich Ängste eigennützig ausschlichten, scheint die Lösung des Klimaproblems nicht mehr wichtig zu sein. Deutschland hätte das von Wissenschaftlern empfohlene Fracking benutzen können, um auch hierzulande die Kohle durch weniger klimaschädliches Erdgas zu ersetzen (und um die eigenen Energiekosten zu senken). Es hätte die vom UN-Klimarat legitimierten CCS-Vorrichtungen installieren können, um CO₂ abzuscheiden und zu speichern. Man hätte Gentechnik anwenden können, um die Landwirtschaft an Klimawandelfolgen anzupassen. Doch alle diese Technologien sind in Deutschland verboten – weil sich Ängste vor den Technologien politisch ausbeuten ließen.

Auch politische Klima-Lösungen sollen primär der eigenen Gruppe dienen. Die Verknüpfung von Klimaschutz mit Verzichtsbefehlen und Kollektivismus bedient Menschen im linken Spektrum, welche Umweltschutzthemen seit den 1970er-Jahren vereinnahmen. Auch die Vereinten Nationen, Regierungen und Energielobbys profitieren von Top-down-Ansätzen, Dirigismus, Subventionen und Regulierungen. Doch der Einsatz staatlicher Zwangsmaßnahmen macht es jenen, die Wert auf Marktwirtschaft und individuelle Freiheit legen, schwer, sich für Klimapolitik einzusetzen – ihr Widerspruch wird von der Klimalobby eigennützig als „Klimaleugnung“ diffamiert.

Volkswirte empfehlen seit Jahrzehnten, den Handel mit CO₂-Zertifikaten auszuweiten, damit Unternehmen profitabel klimaneutrale Technologien voranbringen, ohne von Auflagen erdrückt zu werden. Aber der pragmatische Ansatz, Klimaschutz als globales Problem zu begreifen und mittels Emissionshandel Schutzmaßnahmen immer zuerst dort zu realisieren, wo sich eine Einheit CO₂ am effizientesten einsparen lässt, wurde als „kapitalistisch“ diskreditiert und Ökonomen aus dem Diskurs gedrängt.

Die Klimalobby fürchtet den Emissionshandel, denn er würde sie überflüssig machen: Emissionen würden gemäß den verknüpften Zertifikaten zurückgehen, weshalb die meisten anderen Maßnahmen eingestellt werden könnten, etwa Gesetze und

Vorschriften, Abgaben und Steuern, Forderungen nach Verzicht und Einschränkungen. Und auch für die prosperierenden Katastrophen-Einpeitscher gäbe es keinen Bedarf mehr – gigantisch hohe Summen an Steuermitteln würden frei für andere Vorhaben.

Aber die ausgeuferte Klimalobby mit ihrem Fokus auf die eigenen Branchen hat dafür gesorgt, dass alternative Lösungen des Problems verleumdet werden. Mit Kernkraft oder mit Erdgas produzierter Wasserstoff etwa könnte die Energiewende beschleunigen, aber die Klimalobby erlaubt nur „grünen“ Wasserstoff, der mit Wind und Sonne hergestellt wird – von jenen Energieproduzenten, mit denen die Lobby verbandelt ist. E-Fuels könnten Verbrenner-Autos antreiben, aber die Klimalobby bangt um ihr Geschäft – sie möchte nur Elektroautos, gespeist von Wind und Sonne, subventioniert vom Steuerzahler.

Irreführende Behauptung

Eine wirksame Methode der Klimalobby, ihre Macht zu sichern, bildet die irreführende Behauptung, vor allem Desinformation würde Klimaschutz verhindern – und nicht etwa Uneinigkeit über politische Maßnahmen. „Wenn Desinformation das Hauptproblem ist, dann sind die schwatzenden Klassen von zentraler Bedeutung für den Kampf gegen den Klimawandel“, bringt die Sozialforscherin Holly Buck den Trick auf den Punkt, mit dem sich das prosperierende Milieu aus „Faktencheckern“ und „Klimakommunikatoren“ selbst in den Mittelpunkt stellt.

Es wäre Zeit, das Klimaproblem endlich ernst zu nehmen, machthungrige Trittbrettfahrer in die Schranken zu weisen und statt eigennütziger Strategien **ein gemeinsames Ziel zu verfolgen: billige, kohlenstoffarme Energie für die Bedürfnisse eines Industrielandes.**